

17.05.2021

Queere Menschen strukturell besser schützen

Bayerische Landesverbände fordern mehr Anerkennung und gesicherte Strukturen für LSBTIQ*

München. 17.05.2021. Am Internationalen Tag gegen Homosexuellen-, Bisexuellen-, Inter- und Trans-Feindlichkeit (IDAHOBIT) setzen Menschen weltweit Zeichen für die Menschenrechte von LSBTIQ*. Für Vielfalt und Freiheit. Auch in Bayern wird sowohl auf historische Erfolge, als auch auf die nach wie vor bedrohliche Lage für LSBTIQ* hingewiesen.

Die Corona-Pandemie hat nicht alle gleichermaßen getroffen. Kinder- und Jugendliche, besonders queere, litten stark unter den staatlichen und persönlichen Schutzmaßnahmen. Nach der Pandemie müssen Beratungs- und Selbsthilfeangebote bedarfsgerecht und nachhaltig ausgebaut werden.

Dazu erklärt Markus Apel aus dem Landesvorstand des Lesben- und Schwulenverbands

(LSVD) Bayern: *„LSBTIQ* sind aufgrund von Minderheitenstress und Diskriminierung einer erhöhten Gefahr ausgesetzt, psychisch zu erkranken. Gerade junge Menschen, haben seit Jahrzehnten ein vielfach höheres Suizid-Risiko als andere Gleichaltrige. Wer daran etwas ändern möchte, muss zum einen die gesundheitlichen und sozialen Bedürfnisse dieser Menschen ernstnehmen und zum anderen dafür sorgen, dass Hilfsangebote nachhaltig wirken.“*

„Viele bayerische LSBTIQ-Vereine und -Verbände bieten Beratungen und Selbsthilfegruppen an. Diese Angebote konnten in der Pandemie nicht mehr wie gewohnt stattfinden, sondern mussten an die, sich regelmäßig verändernden, Infektionsschutzmaßnahmen angepasst werden. Dies bedeutete einen hohen Organisationsaufwand und einen Mehrbedarf an technischer Ausstattung, der nur teilweise aufgefangen werden konnte. Der Freistaat Bayern ist hier in der Pflicht, diese Strukturen entsprechend zu sichern“, erklärt Petra Weitzel, Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität (dgti).*

Der Bayerische Jugendring (BJR) kooperiert mit dem LSVD und der dgti, um die wichtige Vernetzung unterschiedlicher Anlauf- und Beratungsstellen weiter voranzubringen. *„Es ist unser aller Aufgabe, hilfe- und beratungssuchenden LSBTIQ*-Personen jeglichen Alters vielfältige Angebote für eine selbstbestimmte Persönlichkeitsentwicklung zu bieten und die individuellen Lebensstile bestmöglich zu unterstützen. Schließlich ist eine plurale und diversitätsoffene Gesellschaft eine Bereicherung für alle.“, teilt Matthias Fack, Präsident des BJR, mit.*

[Pressemeldung als pdf \[/media/](#)

[doc/5075/2021_05_17_pm_idahobit_verb__nde_fordern_gesicherte_strukturen_f__r_lsbtqi_in_bayern.pdf\]](#)

Hintergrund

Am 17. Mai, dem Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT), erinnern Menschen rund um den Erdball mit vielfältigen Aktionen an den 17.05.1990, den Tag, an dem Homosexualität aus dem Diagnoseschlüssel ICD-10 der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gestrichen wurde. Seitdem gilt sie offiziell nicht mehr als Krankheit.

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

In Mehr als 60 Staaten werden LSBTIQ* noch immer verfolgt und kriminalisiert. Auch in Deutschland steigt LSBTIQ*-feindliche Hasskriminalität und Gewalt rapide an. 782 Straftaten (154 Gewalttaten), die sich gegen die sexuelle Orientierung bzw. gegen das Geschlecht/sexuelle Identität von Menschen richtete, wurde von 2019 bis 2020 bundesweit erfasst. Das ist ein Anstieg von 36% gegenüber 2019.

Bayern ist das einzige Bundesland, das keinen Aktionsplan für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt vorbereitet oder umsetzt. Die Förderung von örtlichen Beratungsstellen und gesundheitspolitische Maßnahmen sind in anderer Ländern Teil solcher Pläne.

- Broschüre „Auswirkungen der Coronapandemie auf lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, intergeschlechtliche, queere und asexuelle Personen in Deutschland“ [https://mh-stiftung.de/wp-content/uploads/BMH_Corona-Auswirkungen_Doppelseiten.pdf]
- Überblick über die Anstrengungen von Landesregierungen für Gleichstellung und Akzeptanz von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen [[/de/ct/424-Welche-Bundeslaender-haben-Aktionsplaene-gegen-LSBTI-Feindlichkeit](#)]
- LSVD-Positionspapier „Frei und sicher leben - Homophobe und transfeindliche Hasskriminalität entschieden bekämpfen“ [[/media/doc/3436/lsvd-homophobe-und-transfeindliche-hasskriminalitaet-entschieden-bekaempfen.pdf](#)]

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.